

Beilage 552.**Interpellation.**

Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um der völligen Lahmlegung der Baustoffindustrien, die infolge der Kohlenlage trotz ihres vielfach saisonbedingten Charakters bereits in den Monaten August und September zu erwarten ist, entgegenzuwirken?

München, den 15. Juli 1947.

Dr. Linnert.

Brunner, Bodesheim, Dr. Korff, Weidner, Dr. Dehler, Schneider (FDP).
Anetseder, Hirschenauer, Brückner, Scharf, Weinzierl Georg, Witzlinger, Zizler (CSU). Witom (SPD).
Roske (MdB).

Beilage 553.

(Vergl. Beilage 534.)

Beschluß.

Der Bayerische Landtag

an die

Bayerische Staatsregierung.

Der Landtag hat über das

Schreiben des Staatsministeriums der Justiz vom 15. Juli 1947 betreffend Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Loritz

in seiner heutigen öffentlichen Sitzung Beratung gepflogen und beschlossen,

die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens und zur Erwirkung eines Haftbefehls gegen den Abgeordneten Loritz wegen Kriegswirtschaftsverbrechen u. a. zu erteilen.

München, den 15. Juli 1947.

Der Präsident:

J. B. (gez.) Hagen.

Der I. Schriftführer:
(gez.) Rita Behner.

Beilage 554.

(Vergl. Beilage 535.)

Beschluß.

Der Landtag hat über das

Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Albert Amend in Landsberg am Lech vom 3. Mai 1947 betreffend Durchführung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Michel

in seiner heutigen öffentlichen Sitzung Beratung gepflogen und beschlossen,

die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Michel wegen eines Vergehens der offensichtlich falschen Anschuldigung gegen den Flüchtlingskommissar Adolf Ratka in Landsberg am Lech bis zur Vorlage eines entsprechenden Antrags der Staatsanwaltschaft nicht zu erteilen.

München, den 15. Juli 1947.

Der Präsident:

J. B. (gez.) Hagen.

Der I. Schriftführer:
(gez.) Rita Behner.

Beilage 555.**Antrag.**

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Staatsabkommen über die Errichtung einer Forschungshochschule in Berlin-Dahlem und die Finanzierung deutscher Forschungsinstitute wird zugestimmt unter der Voraussetzung, daß

1. entsprechend den im Sonderausschuß für Kulturpolitik beim Länderrat am 8. Juli erzielten Beratungsergebnissen als Sitz der Stiftung München bestimmt wird,
2. der Umfang der Forschungshochschule beschränkt wird auf die Erhaltung und Fortführung noch vorhandener Institute und Einrichtungen unter dem Vorbehalt einer besonderen Stellungnahme zu eventuellen Erweiterungen und Neueinrichtungen.

München, den 15. Juli 1947.

Dr. Gundhammer

und Fraktion (CSU).